

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Ausschuss für Recht, Ordnung, Verkehr und Bürgeranfragen führte seine 8. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 25.08.2020 in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Ratssaal von 18:00 Uhr bis 20:45 Uhr durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Daniel Roi

Mitglied

Dr. Joachim Gülland
Uwe Müller
Detlef Pasbrig
Peter Schenk

Sachkundige Einwohner

Peter Engelhardt
Marius Kühne
Mathias Liesche
Markus Praczyk
Helga Soltész
Gerd Theuerkauf

Mitarbeiter der Verwaltung

Rolf Hülßner
Bernhild Neumann
Uwe Wagner
Torsten Zumm

Leiter Ordnungsamt
SBL Recht
SB Brand-/Bevölkerungsschutz
SB Stadtplanung

Gäste

Gerhard Große
Frank Hildebrand
Uwe Koeckeritz
Marko Roye

Seniorenbeirat
Tierschutzverein Bitterfeld e. V. und Tierheim
Tierschutzverein Bitterfeld e. V. und Tierheim
Stadtrat

abwesend:

Mitglied

Klaus-Ari Gatter
Siegmar Herrmann

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 25.08.2020, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 07.07.2020	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Berichterstattung zu den kostenpflichtigen Einsätzen der Feuerwehr BE: Ordnungsamt	
6	Diskussion zum Entwurf einer Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Bitterfeld-Wolfen über die Kastrations- oder Sterilisations- und Kennzeichnungspflicht für Freigängerkatzen BE: Ordnungsamt	
7	Informationen zum Stand der Planung/Erweiterung einer Tempo 30-Zone im Bitterfelder Zentrum BE: Amt für Stadtentwicklung	
8	Informationen zu den geplanten Radverkehrsvorhaben in 2020 BE: Amt für Stadtentwicklung sowie Bauamt	
9	Sachstandsbericht zur Planung der Baumaßnahme K2055 in Thalheim BE: Bauamt	
10	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
11	Schließung des öffentlichen Teils	

<p>zu 1</p>	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Der Ausschussvorsitzende, Herr Roi, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit mit 4 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern und 6 sachkundigen Einwohnern fest.</p> <p>Herr Siegmar Herrmann gilt als entschuldigt.</p>	
<p>zu 2</p>	<p>Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Herr Pasbrig bittet darum, den TOP 9 vorzuziehen.</p> <p>Zudem erfragt Herr Hülßner die Möglichkeit, den TOP 8 ebenfalls vorzuverlegen und im Anschluss an die Einwohnerfragestunde zu behandeln.</p> <p>Da vonseiten des Ausschussvorsitzenden und der Ausschussmitglieder hierzu keine Einwände bestehen, werden vorgenannte Tagesordnungspunkte entsprechend vorgezogen. Herr Roi lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig mit Änderungen beschlossen</p>	<p>Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 3</p>	<p>Abstimmung über die Niederschrift der letzten Sitzung vom 07.07.2020</p> <p>Herr Pasbrig beantragt, den Wortlaut in der Niederschrift vom 07.07.2020 auf Seite 7, 3. Absatz, 1. Satz wie folgt zu ändern: „Herr Pasbrig bringt seinen Unmut zu dieser Thematik zum Ausdruck.“.</p> <p>Da keine Einwände gegen die vorgebrachte Änderung vonseiten der Ausschussmitglieder bestehen, lässt Herr Roi über die geänderte Niederschrift abstimmen.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig mit Änderungen beschlossen</p>	<p>Ja 4 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 4</p>	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p><i>Herr Peter Schenk nimmt gegen 18:05 Uhr an der Sitzung des Ausschusses ROVB teil. Es sind nunmehr 5 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend.</i></p> <p>Herr Roi verliest die Regularien zur Einwohnerfragestunde.</p> <p>Herr G. aus dem OT Stadt Wolfen teilt mit, dass sich der Radweg an der Leipziger Straße im OT Stadt Wolfen in Höhe des Marktes verengt und dieser zudem mit einem Hinweisschild endet. Radfahrer müssen ab diesem Schild die Bundesstraße B184 nutzen. Herr G. bittet zu prüfen, inwieweit für die Autofahrer ein entsprechendes Hinweisschild angebracht werden kann, um darauf hinzuweisen, dass auch Radfahrer die Bundesstraße in Höhe Markt befahren.</p> <p>Zudem geht er auf den kürzlich erfolgten Unfall am Kreisel in Wolfen-Nord in Höhe der Kreissparkasse Anhalt-Bitterfeld ein. Er teilt mit, dass der bei vorgenanntem Unfall betroffene Radfahrer seinen Verletzungen nunmehr erlegen ist. Er bittet um Aufarbeitung des Unfalls gemeinsam mit der</p>	

Polizei, um künftige Unfälle zu vermeiden. **Herr Hülßner** sagt eine Beantwortung der Anfrage innerhalb der Niederschrift zu. **Herr G.** erklärt sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Redaktionelle Zuarbeit SB Verkehr:

Nach Auswertung des Unfallberichtes und Rücksprache mit dem Polizeirevier Anhalt-Bitterfeld war Ursache für den Unfall eine Missachtung der Vorfahrtsregelung und somit menschliches Versagen. Grundsätzlich erfolgt jedes Jahr eine Auswertung sogenannter Unfallschwerpunkte einhergehend mit Prüfungen auf bauliche bzw. verkehrsrechtlicher Potenziale. Der Unfallhergang im vorliegenden Fall bedingt keine Anpassung der vorherrschenden baulichen bzw. verkehrsrechtlichen Gegebenheiten, gleichwohl wird auch dieser Unfall entsprechend analysiert und in die jährliche Auswertung der Unfallstatistik mit einfließen.

Herr Zumm geht auf den Radweg Leipziger Straße ein und gibt Erläuterungen zur derzeitigen Beschilderung. Er teilt mit, dass trotz des Schildes „Ende Radweg“ die Radfahrer den dann folgenden schmalen Radweg weiterbenutzen können und somit nicht auf die Bundesstraße B184 wechseln müssen.

Zudem sagt er zu, diese Problematik an die Straßenbaubehörde weiterzuleiten und entsprechend prüfen zu lassen, um hier eine Verbesserung zu erreichen. **Herr G.** schlägt vor, eine Entfernung des Schildes „Ende Radweg“ in Erwägung zu ziehen. **Herr Roi** bittet die Verwaltung, den Ausschuss ROVB in seiner nächsten Sitzung über das Ergebnis der Prüfung dieser Thematik durch die Straßenbaubehörde zu informieren.

Redaktionelle Zuarbeit SB Stadtplanung:

Die Beschilderung von „Radweg-Enden“ soll bei der nächsten AG Rad (voraussichtlich am 22.09.2020) thematisiert werden.

zu 5

Berichterstattung zu den kostenpflichtigen Einsätzen der Feuerwehr
BE: Ordnungsamt

Herr Wagner informiert über die kostenpflichtigen Einsätze der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Bitterfeld-Wolfen in den Jahren 2017 – 2019 (siehe Anlage 3) und beantwortet zudem die Fragen der Ausschussmitglieder.
Es ist festzustellen, dass die Zahl der kostenpflichtigen Einsätze stetig steigt.

Herr Engelhardt nimmt Bezug auf den Großbrand Fehr und erfragt, welche Kosten das Unternehmen an die Stadt bzw. deren Versicherung bezahlt hat. Er möchte wissen, wie viel Personal für die Brandsicherheitswache eingesetzt wurde. Zudem erkundigt er sich, wofür die Einnahmen aus den kostenpflichtigen Einsätzen in der Stadt genutzt werden. Er erfragt, ob diese eventuell auch für die Ersatzbeschaffung für Techniksäden genutzt werden, die bei den Einsätzen entstehen.

Herr Wagner sagt eine Beantwortung bezüglich der Kosten Großbrand Fehr zu. Im Hinblick auf die Einnahmen der kostenpflichtigen Einsätze teilt er mit, dass die eingenommen Beträge für die Aufwendungen der Feuerwehr (Versicherungen usw.) verwandt werden.

Redaktionelle Zuarbeit Ordnungsamt:

Kosten Großbrand Fehr: siehe Kostenaufstellung (Anlage 4)

	<p>Bezüglich vermehrter Fehlalarme erfragt Herr Roi, ob der Stadt bei einigen Unternehmen die nicht den Umständen entsprechenden Brandmeldeanlagen bekannt sind. In Beantwortung dessen teilt Herr Wagner mit, dass die Zuständigkeit beim Landkreis ABI liegt, an diesen bei Feststellung eine Information ergeht und der Landkreis sich dann ggf. mit dem Unternehmen in Verbindung setzt.</p>	
<p>zu 6</p>	<p>Diskussion zum Entwurf einer Gefahrenabwehrverordnung der Stadt Bitterfeld-Wolfen über die Kastrations- oder Sterilisations- und Kennzeichnungspflicht für Freigängerkatzen BE: Ordnungsamt</p> <p>Herr Hülßner erläutert den vorliegenden Entwurf, der ausschließlich der Gefahrenabwehr im Stadtgebiet dient. Er geht zudem auf den bestehenden Vertrag mit dem Tierheim Bitterfeld ein und informiert über die vereinbarten Zuständigkeiten. Der nunmehr vorliegende Entwurf der Gefahrenabwehrverordnung wurde mit dem Tierheim, der Polizei und dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld entsprechend abgestimmt. Auf Hinweis des Landkreises ABI hat man sich aufgrund des Tierschutzes dazu entschieden, von einer Tätowierung abzusehen. Die Registrierung erfolgt nunmehr ausschließlich über eine Chippung.</p> <p>Herr Koeckeritz teilt mit, dass der vorliegende Entwurf der richtige Schritt ist und zudem Rechtsicherheit gibt. Er erfragt, was mit den Katzen passieren soll, die im Tierheim abgegeben werden bzw. die durch den Verein aufgegriffen werden. Hierbei würden Mehrausgaben pro Katze in Höhe von 20 € bis 35 € entstehen. In Beantwortung dessen teilt Herr Hülßner mit, dass entsprechend des Entwurfes das Tierheim nicht in der Pflicht ist, eine Chippung durchzuführen, sondern ausschließlich der Tierhalter.</p> <p>Herr Koeckeritz spricht die Pflicht zur Registrierung des gechippten Tieres an und fragt nach, ob dies in der GefahrenabwehrVO der Stadt geregelt werden könnte (evtl. als Pflicht für die Tierärzte).</p> <p>Herr Hülßner weist darauf hin, dass eine Registrierung über die Tierärzte möglich wäre. Eine Registrierung der gechippten Katzen in der Verwaltung steht jedoch in keinem Kosten-Nutzen-Verhältnis. Zudem müsse man erst einmal Erfahrungen mit der neuen Gefahrenverordnung sammeln.</p> <p>Herr Pasbrig teilt mit, dass seine Fraktion diesen Entwurf der Gefahrenabwehrverordnung zustimmen wird und man auch im Hinblick auf die derzeitige Situation im Tierheim Bitterfeld für diesen Beschlussantrag in allen betreffenden Gremien werben sollte.</p> <p>Herr Engelhardt verweist auf die §§ 4 und 5 des Entwurfes und hinterfragt, wie man das Alter der Katzen ermittelt und in welcher Höhe Ordnungswidrigkeiten erhoben werden sollen. In Beantwortung dessen teilt Herr Hülßner mit, dass das Alter der Tiere durch Fachkräfte feststellbar ist. Er begründet die Entscheidung der festgesetzten Obergrenze. Bei der Festlegung des Bußgeldes kommt es auf die Erheblichkeit des Falles und die Umstände sowie auf die Einzelfallkriterien an.</p> <p>Herr Engelhardt regt an, eine Untergrenze im § 5 zu benennen.</p> <p>Herr Schenk spricht sich ebenso für eine Untergrenze der Ordnungswidrigkeiten aus und bittet, dies entsprechend einzuarbeiten.</p>	

	<p>Daraufhin teilt Herr Hülßner mit, dass die anfallenden Verwaltungskosten aufgrund der bestehenden Verwaltungskostensatzung in die Ordnungsstrafe mit einfließen werden. Frau Neumann bestätigt diese gängige Praxis.</p> <p>Herr Schenk weist daraufhin, dass gesichert sein muss, dass die Verwaltungsgebühren in jedem Falle auf das Bußgeld umgelegt werden, um Mehrausgaben im städtischen Haushalt zu verhindern.</p> <p>Herr Hülßner sichert zu, dies als Prüfauftrag in die Verwaltung mitzunehmen.</p> <p><i>Redaktionelle Zuarbeit Ratsbüro: Das Ergebnis des Prüfauftrages liegt der Niederschrift bei (Anlage 5).</i></p> <p>Herr Pasbrig geht auf die coronabedingten Einbußen des Tierheimes ein und erfragt die aktuelle Höhe. Daraufhin teilt Herr Koeckeritz mit, dass durch die Mindestloohnerhöhungen sowie weggebrochene Spenden aufgrund nicht durchgeführter Veranstaltungen während der Corona-Krise hohe Mindereinnahmen zu erwarten sind (ca. 160 T€ bis 200 T€).</p>	
zu 7	<p>Informationen zum Stand der Planung/Erweiterung einer Tempo 30-Zone im Bitterfelder Zentrum BE: Amt für Stadtentwicklung</p> <p>Herr Zumm stellt den derzeitigen Stand der Planung vor (siehe Anlage 2). Er teilt mit, dass sensible Bereiche wie Kitas, Schulen und Altenheime hier Berücksichtigung fanden und die Umsetzung voraussichtlich noch in diesem Jahr erfolgen wird. Im Anschluss stellt er sich den Fragen der Ausschussmitglieder.</p> <p>Herr Engelhardt regt an, an den Einfahrten in bestimmten Bereichen leichte Aufmauerungen auf die Straßen zu bringen, um die Kraftfahrer zusätzlich auf die Verkehrsberuhigung hinzuweisen. Bezug nehmend auf diesen Vorschlag teilt Herr Zumm mit, dass der Gesetzesgeber für verkehrsberuhigte Zonen eine geringe Beschilderung vorsieht. Allein aus diesem Grunde ist von vorgenannten Einbauten möglichst abzusehen.</p> <p>Herr Schenk erläutert Möglichkeiten der Beruhigung Berliner Straße / Am Leineufer. Herr Zumm sichert eine diesbezügliche Prüfung der Thematik zu. Herr Pasbrig schlägt den Einbau von Einengungen vor und bittet, dies entsprechend zu prüfen. Herr Müller regt an, die Tempo 30-Zone in Richtung Krankenhaus und Friedensstraße zu erweitern. Er bittet um Prüfung.</p> <p><i>Redaktionelle Zuarbeit SB Stadtplanung: Abfrage von SB Verkehr und Polizei läuft.</i></p>	
zu 8	<p>Informationen zu den geplanten Radverkehrsvorhaben in 2020 BE: Amt für Stadtentwicklung sowie Bauamt</p> <p>Herr Zumm gibt aus planerischer Sicht Informationen zu den geplanten Radverkehrsvorhaben des Jahres 2020. Ein Vertreter des Bauamtes ist trotz vorheriger Zusage zu diesem TOP leider nicht zugegen.</p> <p>Herr Zumm erläutert anhand einer Grafik die geplanten Vorhaben. Hierbei wurde auch die Öffnung von diversen Einbahnstraßen für den Radverkehr in</p>	

Erwägung gezogen. Bis dato ist in der Stadt bereits ein sehr hoher Umsetzungsstand erreicht. Bezüglich des geschlossenen Muldewehrs wird derzeit an einer Lösung gearbeitet. Die Erweiterung der Tempo-30-Zone hat auch eine große Bedeutung für den Radverkehr. Zudem wurden in der Glück-Auf-Straße (Verbindung Holzweißig – Bitterfeld) zusätzliche Markierungen vorgenommen. Die Nutzung weiterer Möglichkeiten wird derzeit geprüft.

Herr Engelhardt weist auf die Gefahren bei der Öffnung von Einbahnstraßen hin. Er teilt mit, dass er die im Radfahrkonzept verankerten „sicheren Abstellplätze für Fahrräder“ in der Berichterstattung vermisst. Zudem verweist er auf den immer noch nicht ausgewiesenen Radweg in der Damaschkestraße. Einen weiteren Schwerpunkt sieht er in der Krondorfer Straße / Reudener Straße hinsichtlich des Schülerverkehrs. Gerade hier sollte aufgrund des Gymnasiums die Sicherheit der Schüler oberste Priorität haben. Ein Ausbau der Gartenwege wäre hier denkbar.

Herr Zumm teilt mit, dass die Nutzung der Gartenwege nur über einen Vollausbau möglich wäre. In der Damaschkestraße wurde in der vergangenen Woche mit den Markierungsmaßnahmen begonnen. Zwecks der sicheren (verschließbaren) Abstellplätze gibt es bereits Fördermittelbescheide für die Bahnhöfe Bitterfeld und Greppin sowie Jeßnitz (Wolfener Seite). Eine Umsetzung erfolgt voraussichtlich im Jahr 2021.

Herr Pasbrig stellt den Zeitplan der vorgestellten Maßnahmen 2020 hinsichtlich der Umsetzung im Jahr 2020 infrage. Er fordert, künftig jährlich die geplanten Maßnahmen für das kommende Jahr im Ausschuss ROVB zu besprechen.

Herr Dr. Gülland regt an, die Gefahrenpunkte bei plötzlich nicht mehr vorhandenen Fahrradwegen sowie beim Abstand zwischen Auto und Rad bei der Öffnung der Einbahnstraßen im Blick zu behalten.

Herr Pasbrig nimmt Bezug auf das Greppiner Wehr. Er weist hinsichtlich der Sperrung daraufhin, dass hier keine ordnungsgemäße Beschilderung vorhanden ist. Die Hinweise zur Sperrung werden von den Touristen nicht wahrgenommen (Hinweisschild zur Sperrung hängt in der Äußeren Waldstraße). Er bittet darum, hier eine sinnvolle Beschilderung zu veranlassen.

Redaktionelle Zuarbeit SB Verkehr:

Eine Umleitungsbeschilderung für das Greppiner Wehr ist von dem Landesradbeauftragten geplant und aufgestellt worden. Aus der Mitteilung ist nicht zu entnehmen, wo diese nicht stimmig sein soll. Der SB Verkehr nimmt aus eigener Veranlassung keine Beschilderung zur Sperrung des Greppiner Wehrs vor.

Bezüglich der Anregung von Herrn Dr. Gülland teilt **Herr Zumm** mit, dass die Probleme an der B 183 (Lücken im Radwegenetz) bekannt sind. Abhilfe kann hier lediglich nur durch den Ausbau der Bundesstraße geschaffen werden. **Herr Dr. Gülland** merkt an, dass die Sanierung der B 100 nicht vor 2025 erfolgen wird. Er zeigt diesbezüglich Lösungen auf.

<p>zu 9</p>	<p>Sachstandsbericht zur Planung der Baumaßnahme K2055 in Thalheim BE: Bauamt</p> <p>Herr Roi erläutert die Gründe der notwendigen Berichterstattung im Ausschuss ROVB zu diesem Thema und informiert darüber, dass die Umsetzung des ersten Bauabschnittes der K2055 nunmehr auf das Jahr 2021 vorgezogen wurde.</p> <p>Ein Vertreter des Bauamtes war trotz vorheriger Zusage zu diesem TOP nicht anwesend.</p> <p>Herr Roi informiert über die E-Mail von Herrn Guffler. Bei diesem TOP ist hier die Frage zu klären, wie das Ausrücken der Feuerwehr Thalheim während der Baumaßnahme gewährleistet werden soll.</p> <p>Der Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung des ROVB verschoben.</p> <p><i>Redaktionelle Zuarbeit Ordnungsamt: Baumaßnahme (SB Hoch-Tief und Verkehr) stehen mit dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld im Austausch</i></p>	
<p>zu 10</p>	<p>Mitteilungen, Berichte, Anfragen</p> <p>Herr Roi erinnert noch einmal daran, dem Ausschuss ROVB die durch den OB erlassene Wahlordnung zur Kenntnis zu übergeben. Herr Hülßner sichert zu, diese der Niederschrift als Anlage (Anlage 1) beizufügen.</p> <p><i>Redaktionelle Zuarbeit Ordnungsamt: Anlage Wahlordnung, wird im Amtsblatt am 17.09.2020 veröffentlicht</i></p> <p>Zudem geht Herr Roi auf die Thematik „Risikoanalyse und Brandschutzbedarf“ ein und erfragt den derzeitigen Sachstand. Zudem erinnert er noch einmal daran, den Fraktionen und evtl. auch dem Fachausschuss ROVB die fachaufsichtliche Stellungnahme des Landkreises ABI zur Kenntnis zu reichen.</p> <p>Herr Hülßner teilt mit, dass derzeit noch zahlreiche Hinweise, u. a. auch die des Landkreises ABI, in die Analyse mit eingearbeitet werden müssen. Danach wird der Entwurf nochmals durch die Fachaufsicht geprüft. Erst dann kann er in die Gremien eingebracht werden (Vorberatung ROVB, Gemeinsame Sitzung HFA und ROVB). Ein konkreter Zeitpunkt ist derzeit noch nicht absehbar.</p> <p>Herr Roye verweist auf die unvollständigen Markierungen in der Damaschkestraße (keine Einbindung, alte Busspur teilweise noch vorhanden) und erfragt, wann diese noch ausstehenden Arbeiten realisiert werden.</p> <p><i>Redaktionelle Zuarbeit Bauamt: Bei einer Vorortbegehung wurde die markierte Lösung mit dem Verkehrsplaner und der Straßenverkehrsbehörde abgestimmt. Dabei wurde auch das vorübergehende Auslaufen der Markierung Richtung Kulturhaus (bis zum möglichen Umbau der Einmündung) beschlossen.</i></p>	

Herr Engelhardt erinnert ebenfalls an die noch ausstehende Wahlordnung. Zudem geht er auf den Gefahrenpunkt Kreuzung Thalheimer Straße / Damaschkestraße ein und erfragt, wann der Landkreis die 24-Stunden-Schaltung, wie zugesagt, nunmehr umsetzt. Nach wie vor wird die Ampelanlage in den Abendstunden ausgeschalten.

Redaktionelle Zuarbeit Ordnungsamt:

Nach Rücksprache mit dem Straßenverkehrsamt sollte eine Anordnung zum 24-h-Betrieb in der 37. KW erfolgen.

Des Weiteren spricht Herr Engelhardt die Parksituation Krondorfer Straße / B-Brecht-Straße hinsichtlich der Feuerwehrezufahrt im Einsatzfall an und bittet hier um Kontrolle durch den Ordnungsdienst evtl. auch durch die Polizei in den Abendstunden.

Redaktionelle Zuarbeit SB Verkehr:

Diesbezügliche Kontrollen wurden erneut entsprechend intensiviert. Auswertung folgt.

Herr Theuerkauf teilt mit, dass in der G-Hauptmann-Straße ein Verbotsschild zum Befahren mit Hinweis auf ein Privatgrundstück angebracht wurde. Die Feuerwehr hat festgestellt, dass ein Befahren der Fläche durch die Löschfahrzeuge aufgrund von Poller und parkenden PKW nicht mehr möglich ist. Die Rettungswege sind zwar am Hochhaus ausgewiesen, jedoch durch die Feuerwehr nicht mehr erreichbar. Er bittet um dringende Klärung seitens der Verwaltung.

Redaktionelle Zuarbeit SB Brand-/Bevölkerungsschutz:

Sowohl über die Versetzung des benannten Schildes als auch über die Verbesserung der Beleuchtung kann der Eigentümer im eigenen Ermessen entscheiden. Dies wurde dem Verwalter, vom Eigentümer als Ansprechpartner benannt, gegenüber so kommuniziert. Ebenso, dass diese Hinweise von der Freiwilligen Feuerwehr kommen und dem eigenen Interesse entsprechen. Über die Umsetzung entscheidet allein der Eigentümer.

Herr Engelhardt bestätigt die von Herrn Theuerkauf beschriebene Situation und verweist zusätzlich auf eine ungenügende Beleuchtung dieser Fläche, die wiederum eine Gefahrensituation darstellt.

Redaktionelle Zuarbeit Ordnungsamt:

Info über benannte Beleuchtungsmängel wurden an den Verwalter des Grundstückes weitergegeben.

Herr Pasbrig bittet darum, im nächsten Ausschuss ROVB die Kriminalitäts- / Unfallstatistik 2019 auszuwerten. Zudem erfragt er den Bearbeitungsstand „Löschwasserkonzept - Bohrung der Brunnen“. Wie viele wurden in diesem Jahr gebohrt? Wie hoch sind die bisherigen Kosten? Bezug nehmend auf die Elektroautos erfragt er den Stand der Anzahl der Ladesäulen im Stadtgebiet. Er regt ein Konzept gemeinsam mit den Stadtwerken Bitterfeld-Wolfen an, aus dem ersichtlich ist, an welchen Standorten Ladesäulen entstehen könnten. Dies sollte auch im Ausschuss ROVB diskutiert werden.

Redaktionelle Zuarbeit SB Stadtplanung:

Siehe Anlage 6 der Niederschrift

Herr Pasbrig spricht weiterhin die notwendige Technik der Feuerwehr in einem Brandfall eines Elektroautos an. Da derzeit durch das Land Sachsen-Anhalt Diskussionen zu den verschiedenen Modellen hinsichtlich der Gefahrenabwehr erfolgen, sollte sich auch der Ausschuss ROVB mit diesem Thema beschäftigen, da bspw. im Brandfall erheblich mehr Wasser benötigt wird und spezielle Technik hierzu vorgehalten werden muss. Er verweist auch auf die notwendige Schulung der Kameraden der FFW.

Redaktionelle Zuarbeit Ordnungsamt:

Die Stadtwehrleitung wird verstärkt die Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten gemeinsam mit dem SB Brand-/Bevölkerungsschutz prüfen und wahrnehmen.

Zudem geht Herr Pasbrig auf das Abfallbehälterkonzept ein und stellt fest, dass in einigen Ortsteilen zu wenig Behälter aufgestellt wurden. Im Rahmen der Haushaltsberatung sollte auch die Festsetzung zur weiteren Neuanschaffung von Behältern erfolgen, um eine weitere Vermüllung der Stadt zu verhindern. Zudem bittet er um regelmäßige Kontrollen des Stadtordnungsdienstes an Brennpunkten in der Stadt (bspw. an den Sitzgelegenheiten Nähe Krondorfer Kreisel, Wasserspiel Leipziger Straße, Normaluhr).

Redaktionelle Zuarbeit Ordnungsamt:

Der Stadtordnungsdienst führt im Rahmen seiner Tätigkeit an den benannten Orten regelmäßig Kontrollen durch. Bei Auffälligkeiten wird der Sachverhalt an den SB öffentliche Anlagen zur Beräumung weitergeleitet.

Zudem spricht er die Problematik Unkrautwuchs auf Rad-/Fußwegen an. Dieser müsste tiefgründiger beseitigt werden, um Folgekosten möglichst gering zu halten.

Redaktionelle Zuarbeit Bauamt:

Eine tiefgründige Beseitigung ist aus Sicht des SB HTB nur mit Hilfe diverser Chemikalien möglich. Diese dürfen jedoch nicht eingesetzt werden.

Des Weiteren verweist Herr Pasbrig auf die abgeschlossene Baumaßnahme Busbahnhof. Hier ist festzustellen, dass das Pflaster hinsichtlich der Fugen nicht richtig verfüllt wurde und sich in den Fugen Müll ansammelt. In diesem Zusammenhang spricht er die Gewährleistungspflicht an. Hier sollte zwecks Nacharbeitung der Zustand nochmals überprüft werden.

Redaktionelle Zuarbeit Bauamt:

Der SB HTB bittet hier um eine genauere Lokalisierung.

Weiterhin spricht er die vielen Baustellen innerhalb der Stadt an. Hier werden die Aufgrabungen oftmals sehr unbefriedigend wiederhergestellt (schlecht verfüllt und gepflastert). Er möchte wissen, ob das Bauamt hier regelmäßige Kontrollen durchführt und wer diese Arbeiten letztendlich abnimmt. Gibt es hier Abnahmeprotokolle? Er bittet die Verwaltung, dies entsprechend zuzuarbeiten.

Redaktionelle Zuarbeit Bauamt:

Aufgrabungen werden durch den SB HTB in der Regel abgenommen.

Herr Roi erklärt, die Thematik mit den Elektroautos im nächsten Ausschuss ROVB unter „Technikanschaffung Feuerwehr – Anforderungen E-Mobilität

hinsichtlich des Brandschutzes“ zu behandeln, da dies auch im Hinblick auf die Neuansiedlung Farasis ein Thema in einer Einwohnerversammlung war.

Herr Hülßner gibt den Hinweis, Probleme bezüglich der Nacharbeiten von Baumaßnahmen künftig im Fachausschuss StaBVA zu behandeln. Bezugnehmend auf das Löschwasserkonzept teilt er mit, dass im Jahr 2019 ca. 57 T€ nicht verbraucht wurden. Diese wurden in das Jahr 2020 übertragen, sodass hier insgesamt 157 T€ zur Verfügung stehen. Schwerpunkt ist hierbei der OT Holzweißig (Sonnenrose). Aufgrund des erfolgten Konzessionärwechsels sind die angedachten Lösungen (Aufstellen von Löschwasserbehältern) voraussichtlich nicht mehr realisierbar. Weitere Schwerpunkte sind zudem die OT Siebenhausen, Greppin, Rödgen und Zschepkau. Jährlich stehen für Investitionen hier insgesamt 100 T€ an Haushaltsmitteln zur Verfügung.

Herr Roi weist daraufhin, dass im Entwurf „Risikoanalyse und Brandschutzbedarf“ festgehalten wurde, dass die Teiche in Rödgen und Zschepkau Löschwasser vorhalten. Dies ist entsprechend neu zu überarbeiten, da die Teiche keine Löschwasserteiche sind und zudem kein Wasser führen.

Redaktionelle Zuarbeit Ordnungsamt:

Dieser Änderungsbedarf wurde dem Ersteller der Risikoanalyse mitgeteilt.

Herr Müller bittet um einen Sachstandsbericht zum Neubau Feuerwehr Bitterfeld. Hierzu teilt Herr **Hülßner** mit, dass es derzeit keinen neuen Stand gibt, da die Bedarfsprüfung zur Planung noch aussteht und mit dem Neubau frühestens 2021 begonnen wird. **Herr Roi** bittet die Verwaltung um eine Informationsvorlage bzw. einen Ablaufplan. Dieser liegt dem OB bereits vor.

Info SB Ratsbüro:

Eine Zuarbeit des Bauamtes wird erwartet. .

Herr Roye informiert über den Wildwuchs nach Fällung von Pappeln gegenüber dem Ring der Bauarbeiter 11 – 25 in Wolfen-Nord. Dieses Grün sollte entfernt werden. Zudem verweist er auf den Bereich rund um das Mehrgenerationenhaus. Hier sollte der Stadtordnungsdienst Kontrollen durchführen (Vermüllung durch Bürger).

Redaktionelle Zuarbeit SB Allgemeine Ordnung/Gewerbe:

Der Stadtordnungsdienst führt im Rahmen seiner Tätigkeit Kontrollen durch. Die Sachverhalte wurden aufgenommen und zur Erledigung an die Eigentümer weitergeleitet. Nachkontrollen finden statt.

Der Wildwuchs nach Fällung von Pappeln wurde im Kontrollzeitraum im Auftrag des Eigentümers gekürzt bzw. entfernt.

Vermüllung Mehrgenerationenhaus: Hier erfolgte eine Kontaktaufnahme mit dem Hausmeister des Gebäudes. Er teilte mit, dass er regelmäßig Müll beseitigt, speziell findet immer montags die Müllberäumung statt.

Herr Theuerkauf nimmt Bezug auf den Fahrradweg Richtung Steinfurth. Hier dringen Wurzeln durch den Radweg und stellen eine Gefahrenquelle dar. Auch die dortigen Bäume müssten zurückgeschnitten werden. Zudem

	<p>wächst der Fahrradweg in der Farbenstraße langsam zu. Auch hier müsste ein Rückschnitt des Grüns erfolgen. Die Eigentümer sollten ihrer Pflicht zum Baumschnitt nachkommen. Zudem erfragt Herr Theuerkauf, wie lange die Brücke an der ehemaligen Pforte II noch bestehen bleiben soll.</p> <p><u>Redaktionelle Zuarbeit Bauamt:</u> <i>Der SB HTB bittet hier um eine genauere Lokalisierung bezüglich der Radwegschäden.</i></p> <p><u>Redaktionelle Zuarbeit SB Allgemeine Ordnung/Gewerbe:</u> <i>Fahrradweg Farbenstraße wächst zu: Zuständigkeit Landkreis, da Kreisstraße</i></p> <p>Des Weiteren informiert Herr Theuerkauf zu dem Thema E-Autos hinsichtlich der Gefahren, der Brandbekämpfung und einer notwendigen Entsorgung. Er weist daraufhin, dass die Feuerwehren neue Schutzausrüstungen und Gerätschaften auch hinsichtlich kommender E-Mobilität benötigen.</p> <p>Herr Engelhardt erfragt, welcher Brunnen im OT Zschepkau zur Löschwasserversorgung genutzt werden soll. Herr Theuerkauf informiert, dass es sich hier um den Brunnen am Gerätehaus der FFW handelt, der zudem mit einer stärkeren Pumpe versehen werden soll.</p>	
zu 11	<p>Schließung des öffentlichen Teils</p> <p>Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:45 Uhr und stellt die Nichtöffentlichkeit her.</p>	

gez. Daniel Roi
Ausschussvorsitzender

gez. Peggy Ulrich
Protokollantin